

Antrag eingegangen am
(Eingangsstempel)

Antrag registriert
(Namenszeichen)

Antrag auf Weitergewährung von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch Teil II (Bürgergeld, Grundsicherung für Arbeitsuchende)

Antragsteller/in

Name, Vorname	Geburtsdatum:	E-Mail:
Anschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort):	Telefon:	Handy:
Bankverbindung (IBAN):	Aktenzeichen:	
Gibt es einen gesetzlichen Betreuer? (Nachweise beifügen)	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	

- Zusätzlich wird die Weitergewährung der im abgelaufenen Bewilligungszeitraum bereits gewährten Bildungs- und Teilhabeleistungen beantragt** (sofern die Leistungen erstmals beantragt werden, ist ein gesonderter Antrag auf Bildung und Teilhabe erforderlich):
- ein- und mehrtägige Ausflugsfahrten von Schulen und Kindertagesstätte (neuer Antrag erforderlich, wenn eine neue Maßnahme geplant ist)
 - Fahrtkosten für Schüler nach der 10. Klasse (sofern diese nicht von der Schule übernommen werden)
 - angemessene Lernförderung (Nachhilfe, sofern die Erreichung des Klassenziels gefährdet ist)
 - gemeinschaftliche Mittagsverpflegung in Schulen und Kindertagesstätten
 - Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben (Mitgliedsbeiträge in Vereinen, künstlerischer und kultureller Unterricht, Freizeiten)

Leben bei Ihnen weitere Personen im Haushalt?

- nein, ich wohne alleine im Haushalt
 ja, es leben folgende weiteren Personen im Haushalt:

Name, Vorname	Geburtsdatum:	Name, Vorname	Geburtsdatum:
Name, Vorname	Geburtsdatum:	Name, Vorname	Geburtsdatum:
Name, Vorname	Geburtsdatum:	Name, Vorname	Geburtsdatum:

(weitere Personen im Haushalt sind auf einem formlosen Beiblatt mit Name, Vorname und Geburtsdatum zu benennen)

Folgende Änderungen haben sich betreffend der aktuellen Leistungsgewährung ergeben:

Unterkunftskosten:

z.B. Änderungen in der Miethöhe, Nebenkostenvorauszahlungen (bei Änderungen bitte Nachweise vorlegen)

- keine Änderungen es haben sich folgende Änderungen ergeben:
(bitte auch angeben, wann die Änderungen eingetreten sind)

Einkommensverhältnisse -auch von Angehörigen der Bedarfsgemeinschaft :

z.B. Arbeitseinkommen, Sozialleistungen wie z.B. Alg I, Kindergeld, Rente, Unterhaltsleistungen, sonstige Einkommen (bitte Nachweise bzw. Lohn- bzw. Gehaltsabrechnungen vorlegen)

- keine Änderungen es haben sich folgende Änderungen ergeben:
(bitte auch angeben, wann die Änderungen eingetreten sind, bitte Kontoauszüge aller Konten der letzten 6 Wochen vor der Antragstellung vorlegen)

Vermögensverhältnisse -auch von Angehörigen der Bedarfsgemeinschaft-:

z. B. Sparvermögen, Lebensversicherungen, Bausparverträge, Rentenversicherungen, Grundvermögen

- keine Änderungen *(ich wir verfügen weiterhin über kein erhebliches Vermögen; Erheblich ist Vermögen über 15.000 € für den Antragsteller sowie über 15.000 € für jede weitere Person in der Bedarfsgemeinschaft. Hierzu gehören nur Vermögenswerte die sofort verwertbar sind (z.B. Barmittel, Sparguthaben, sonstige für die aktuellen Lebensunterhaltssicherung verfügbare geldwerte Mittel. Ein selbstgenutztes Wohneigentum ist im Regelfall hiervon nicht umfasst)*
- es haben sich folgende Änderungen ergeben *(bitte auch angeben, wann die Änderungen eingetreten sind und Kontoauszüge aller Konten der letzten 6 Wochen vor der Antragsstellung vorlegen):*

Sonstiges: -auch von Angehörigen der Bedarfsgemeinschaft-

z.B. Änderungen betr. der Kranken-, Pflege-, Rentenversicherung, geltend gemachte Ansprüche, Änderungen der Bankverbindung, Änderungen bei den Kinderbetreuungskosten

- keine Änderungen es haben sich folgende Änderungen ergeben

Hinweise zur Antragsbearbeitung und Erklärungen des/der Leistungsberechtigten und/oder des/der gesetzlichen Vertreter/s/in des/der Leistungsberechtigten

Ich / Wir versichere/n, dass die umseitigen Angaben vollständig sind und der Wahrheit entsprechen. Ich/Wir verpflichte/n mich/uns, alle Änderungen, die für die Bewilligung der Leistung maßgebend sind – insbesondere der Familien-, Einkommens- und Vermögensverhältnisse sowie Wohnungswechsel – unverzüglich und unaufgefordert dem Kommunalen Center für Arbeit - Jobcenter - mitzuteilen.

Mir/Uns ist bekannt, dass nach § 263 Strafgesetzbuch (StGB) bei unrichtigen oder unvollständigen Angaben außerdem eine strafrechtliche Verfolgung wegen Betruges erfolgt. Auch der Versuch ist strafbar und wird verfolgt.

Sofern die Gewährung der beantragten Leistungen von dem Vorliegen gesundheitlicher Einschränkungen abhängt bzw. gesundheitliche Einschränkungen geltend gemacht werden, ist ggf. eine Vorstellung zu einer ärztlichen oder psychologischen Untersuchung erforderlich. Ich/wir nehme/n zur Kenntnis, dass ich/wir im Rahmen meiner/unserer Mitwirkungs- bzw. Meldepflichten verpflichtet bin/sind, Einladungen zu Untersuchungsterminen Folge zu leisten und der Einholung von Auskünften von den Ärzten, die mich/uns behandelt haben, zuzustimmen (*Hinweis: Wenn dies erforderlich sein sollte, wird Ihnen eine entsprechende Einverständniserklärung zur Unterschrift vorgelegt*).

Komme/n ich/wir meiner/unserer Mitwirkungspflicht nicht nach und wird hierdurch die Sachverhaltsaufklärung erschwert, kann dies zur Versagung oder Entziehung der Leistungen führen (§ 66 SGB I).

Das Hinweisblatt zur Gewährung von Leistungen zum Lebensunterhalt nach dem SGB II habe/n ich/wir erhalten.

Ich/Wir nehme/n zur Kenntnis, dass meine/unsere personenbezogenen Daten zur Durchführung der Berechnung von Leistungen in einer automatisierten Datenverarbeitung gespeichert und die Angaben zur Kfz-Haltereigenschaft überprüft werden. Ich/Wir bin/sind mit der Weitergabe persönlicher Daten für die Vermittlung in Arbeit, Ausbildung und Qualifizierung einverstanden. Ich/Wir bin/sind mit der Weitergabe persönlicher Daten zur Prüfung ggf. alternativ bestehender Sozialleistungsansprüche (z.B. *Wohngeld, Kinderzuschlag*) einverstanden. Sofern sich im Rahmen der Prüfung des Antrages die Zuständigkeit eines anderen Sozialleistungsträgers (*Sozialhilfe, Grundsicherung oder Asylbewerberleistungsgesetz*) ergeben sollte, bitte/n ich/wir um Weiterleitung des Antrages an die zuständige Stelle.

Der/die Antragsteller/in wird/werden bis auf Widerruf für alle Personen der Bedarfsgemeinschaft als Bevollmächtigte/r für sämtliche anlässlich der Leistungsgewährung anfallenden Verfahrenshandlungen, einschließlich der Zustellung der Bescheide, benannt (*dies umfasst neben der Bewilligung auch ggf. erforderliche Aufhebungs- und Rückforderungsbescheide*) und ist darüber hinaus berechtigt, die Sozialleistungen für alle weiteren Personen der Bedarfsgemeinschaft entgegenzunehmen (*sofern die Vollmacht nicht erteilt wird, ist ein gesonderter Antrag zu stellen*).

Unterschrift/en:

<hr style="border: 0; border-top: 1px solid black; margin-bottom: 10px;"/> <p style="text-align: center;">(Ort, Datum)</p> <hr style="border: 0; border-top: 1px solid black; margin-top: 10px;"/> <p style="text-align: center;">(Unterschrift Antragsteller/in)</p>	<hr style="border: 0; border-top: 1px solid black; margin-bottom: 10px;"/> <p style="text-align: center;">(Ort, Datum)</p> <hr style="border: 0; border-top: 1px solid black; margin-top: 10px;"/> <p style="text-align: center;">(Unterschrift/en weitere/r Antragsteller/in) Volljährige/r Angehörige/r der Bedarfsgemeinschaft</p>
---	---

Ergänzende Angaben der antragsentgegennehmenden Stelle:

Ort/Datum:	Unterschrift: